

*Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Essen*

## **Politik mit dem Gottesbegriff. Glaubensperspektiven im Kulturpluralismus**

---

Herzlich danke ich Herrn Staatssekretär Dr. Hermann Kues für seine Einladung, im „Kardinal-Höffner-Kreis“ sprechen zu dürfen. Soweit ich weiß, sind hier die katholischen CDU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages und andere Interessierte des Berliner Politikbetriebes versammelt. Ich grüße Sie alle herzlich! Die Veranstaltungssituation ähnelt in gewissem Sinne einem klösterlichen Kontext mit einer Vorlesung im Refektorium: Einer liest vor und die anderen speisen. Dafür, dass es heute aber nicht bei einem mittäglich-ermüdenden Monolog bleibt, sondern damit es Stoff für Diskussion und Dialog gibt, steht das von mir vorgeschlagene, bewusst sperrige Thema dieser Stunde: *„Politik mit dem Gottesbegriff. Glaubensperspektiven im Kulturpluralismus“*. Im Folgenden bringe ich also in lockerer Folge zehn politische Thesen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland aus Sicht eines katholischen Bischofs:

1. Aus aktuellem Anlass: Die neue niedersächsische Sozialministerin Aygül Özkan hat gleich mit ihrem Amtsantritt in beeindruckender Weise deutschlandweit drei Debatten initiiert, die – so die erste These – für die *bundesdeutsche Identität* maßgeblich und zugleich aus religiöser Perspektive aufregend sind: Zum einen war es für viele Beobachter in positiver Weise überraschend, dass es die CDU war, die die erste Muslimin für ein Ministeramt in Deutschland stellt. Offensichtlich war gesellschaftspolitisch noch nicht durchgedrungen, wie ernst Integrationspolitik gegenwärtig von dieser Partei genommen wird, nachdem sie vorher lange abgelehnt hatte, von Deutschland als einem Einwanderungsland zu sprechen (Thema: Modernisierung). Zum anderen entschuldigte sich Frau Özkan umgehend für ihre „missverständliche“ Äußerung gegen Kruzifixe in öffentlichen Räumen, die sie noch vor Amtsantritt gemacht hatte: Sie habe nicht religiöse Gefühle verletzen wollen und sei in Unkenntnis über die Praxis des gelebten Miteinanders in Niedersachsen gewesen, an der sie in Zukunft nichts ändern wolle. Religiöse Symbole im öffentlichen Raum sind also nicht bloß ein religiöses Thema, sie haben vielmehr einen besonderen Bezug zur gemeinschaftlich praktizierten Kultur und erhalten auch von

dort her ihre gesellschaftliche Bedeutung. Schließlich leistete Ministerin Özkan ihren Amtseid ab „so wahr mir Gott helfe“ und geriet dadurch in den Fokus einer Auseinandersetzung darüber, ob Christen und Muslime denselben Gott haben und über die Berechtigung, sich als Nichtchristin im politischen Kontext auf Gott zu beziehen, wo doch die Landesverfassungen und das Grundgesetz ein dezidiert christlichen Entstehungshintergrund haben. Die Kirchen haben diese Berechtigung eindeutig bejaht. Wir sehen in dieser Handlung ein gutes Beispiel der Integrationskraft unseres politischen Systems und der Offenheit der Verfassung für andere Religionen.

2. *Deutschland ist ein Einwanderungsland.* Die nach dem Wirtschaftswunder ins Land gebetenen „Gastarbeiter“, ihre Familien, ihre Lebens- und Glaubensweisen gehören auf Dauer zu uns und machen über den wirtschaftlichen Nutzen als Grund ihrer Einladung hinausgehend und neben den hier immer schon heimischen Traditionen den kulturellen Reichtum Deutschlands aus. Wenn ich hier nur auf die lukullische Vielfalt unserer Gastronomie hinweise, ist damit kein billiges „Multikulti“ gemeint. Die Region des Bistums Essen, das Ruhrgebiet, schöpft seine besondere Identität daraus, dass es über zwei Jahrhunderte bei allen Konflikten im Kleinen im Großen und Ganzen die Menschen integriert hat, die dorthin kamen, um ihren Lebensunterhalt hart zu erarbeiten. Dass es heute kaum noch auffällt, dass viele deutsche Hausnamen eigentlich slawisch klingen, lässt für die Zukunft in Bezug auf andere Sprach- und Kulturkreise hoffen!
3. Die kulturelle Wirklichkeit aller „offenen Gesellschaften“ (Karl Popper) des Westens ist bestimmt vom „*Faktum des Pluralismus*“ (John Rawls), so die dritte These. Ich verstehe den kulturellen und weltanschaulichen Pluralismus als positiven Teil der Identität unseres Gemeinwesens. Die Einheit der Gesellschaft ist nicht über ihre Einheitlichkeit herzustellen. Vielmehr geht es darum, die Andersheit des Anderen als besonderes „Gut“ anzuerkennen. Für uns Katholiken hat spätestens das vor 45 Jahren beendete Zweite Vatikanische Konzil den Dialog als Modell der gesellschaftlichen Integration des Katholizismus empfohlen. In der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung finden wir im Menschenrechtsdiskurs eine gute Grundlage um mit Vertretern unterschiedlicher Weltanschauungen und Religionen für die Menschenwürde und die Personalität aller Menschen (von ihrem Lebensanfang bis zum Lebensende) zu streiten. In diesem Kreis muss man nicht betonen, dass es nicht

zuletzt Kardinal Höffner gewesen ist, der während der Nazizeit mit seiner theologischen Habilitationsschrift, die unter dem Titel „Christentum und Menschenwürde“ erschienen ist, uns dies eindrücklich vor Augen geführt hat.

4. *Religionen sind Teil der gesellschaftlichen Öffentlichkeit.* Religion darf nicht ins Private abgedrängt werden (vgl. z. B. das aktuelle Berliner Gerichtsurteil zum muslimischen Gebet in Schulen). Hier geht es um das hohe Gut der individuellen und der korporativen Religionsfreiheit. Auch aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive haben wir kein Interesse an Nischenbildung und Parallelgesellschaften. Die christlichen Kirchen und die anderen Religionsgemeinschaften beheimaten viele in ihrem menschlichen Bedürfnis nach Sinn und Geborgenheit. Glauben kommt vom Hören und verlangt nach Zugehörigkeit. Das muss auch erkennbar sein dürfen. Zugleich ist aber darauf zu achten, dass die Wahrnehmung öffentlicher Ämter die Neutralitätspflicht des Staates nicht verletzt. Darüber hinaus haben manche religiöse Symbole eine wichtige kulturelle Funktion und gehören somit zum gemeinsamen Gedächtnis der Gesellschaft. Andersherum müssen kulturelle Symbole immer wieder neu sinnhaft erschlossen werden.
5. *Das deutsche Modell der balancierten Trennung von Kirche und Staat ist eine kulturelle Errungenschaft.* Im Zuge der europäischen Einigung müssen wir darauf achten, dass die bewährten Modelle des Zusammenlebens auch nicht durch die Tür europäischer Grundrechtdebatten nivelliert werden. Im Unterschied zum laizistischen System Frankreichs (auch der Türkei) auf der einen und dem Staatskirchentum anderer Länder in Europa auf der anderen Seite ist der deutsche Weg der einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Aufgrund der föderal-subsiidiären Ordnung leisten z. B. die Kirchen in Deutschland als Körperschaften des öffentlichen Rechts in Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereichen wichtige Beiträge zum gesellschaftlichen Gemeinwohl und engagieren sich auf diese Weise erfolgreich für Integration und gesellschaftlichen Frieden. „Liberal“ darf also nicht mit „liberalistisch“ verwechselt werden.
6. *Als katholische Kirche stützen wir den gesellschaftlichen Grundkonsens.* Wir machen nicht selbst Politik im Sinne von Parteipolitik, zugleich wissen wir aber um die politische Dimension unseres Glaubens. Dem Recht, in der Öffentlichkeit religiös zu

argumentieren, entspricht die Pflicht, argumentativ um Verständnis zu werben (Katholische Soziallehre) und sich in positiver Weise mit der eigenen Bestreitung auseinander zu setzen. Hierbei werden religiöse Sinnressourcen als vorpolitische Quellen des Politischen erschlossen (vgl. Böckenfördeparadox). Ich werbe für das Rationalisierungspotenzial universitärer Theologie und für die Einführung islamischer Lehrstühle genauso wie für islamischen Religionsunterricht an Schulen. Ausdrücklich unterstütze ich die Bemühungen des Integrationsgipfels. Weil es uns Christen um das Wohl aller Menschen geht, werde ich mich als Ruhrbischof immer wieder den Diskurs suchen, wenn es um die Debattenkultur und um wirtschaftliche, arbeits-, familien-, bildungs- und integrationspolitische Themen geht. Hinsichtlich der aktuell notwendigen Spardebatte mahne ich alle Beteiligten, gemeinwohlorientierter und verantwortungsvoller die soziale Balance nicht aus den Augen zu verlieren: Wenn über den Abbau von Staatsleistungen verhandelt wird, muss zunächst für das verfassungsrechtlich geforderte realistische Existenzminimum gesorgt sein. Gleichzeitig haben bei allem Verständnis für das Argument der Generationengerechtigkeit Familien, die heute leben, ein Recht auf verlässliche Rahmenbedingungen. Das gilt auch für ALG II-Bezieher.

7. *In einem pluralistischen Gemeinwesen stützen religiöse Werte die politischen Werte.* Oftmals wird den Kirchen die gesellschaftliche Funktion des Wertegaranten zugesprochen und abverlangt. Die Kirche lässt sich aber nicht einfach gesellschaftspolitisch in Dienst nehmen. Es geht ihr vielmehr um Gottesdienst und damit um den Dienst am Nächsten, in dem wir Gott selbst begegnen. In Zeiten der allgemeinen Gottesvergessenheit wirkt die Präsenz des Islams für uns wie eine positive Provokation. Vieles, was lange gesellschaftlich nicht mehr der Rede wert war, wird heute neu diskutiert, so der Gottesbegriff. Schließlich ist es auch und vor allem eine politische Aufgabe, eine gute Kultur der politischen Auseinandersetzung als positiven Wert selbst zu leben, denn: Werte lassen sich nicht delegieren, sie müssen vielmehr im eigenen Handeln zur Geltung gebracht werden.
8. *Ein verfassungsrechtlicher Gottesbegriff weist (entlastend) auf die Grenze politischer Machbarkeit und relativiert den Machtanspruch.* Leider ist die Übertragung dieses in Deutschland bewährten Kulturgutes auf die europäische Ebene nicht gelungen.

9. *Es wäre ein Irrtum zu meinen, der interreligiöse Dialog würde auf lange Sicht dazu führen, dass die Religionen sich auf ein gemeinsames Bekenntnis einigen können. Ziel des Dialogs ist ein gegenseitiges besseres Verständnis, das Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten und Unterschieden sowie (wo möglich) gemeinsames Handeln für das Gemeinwohl. Wir müssen zuerst an den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten ansetzen, um dann im zweiten Schritt gemeinsam über religiöse Wahrheitsfragen reflektieren zu können.*
10. *Die CDU vereint mit ihrem Anspruch einer Volkspartei konservative, liberale und eben auch christlich-soziale Wertvorstellungen. Immer dann, wenn diese Vermittlung gelang, konnte sie durch ihre Form der politischen Willensbildung den gesellschaftlichen Konsens innovativ gestalten. Eine plurale und multikulturelle Gesellschaft braucht Kräfte, die mit religiösem Sensorium ausgestattet, in der Lage sind, über das traditionell Eigene hinausgehend, für anderes Verständnis zu haben und „Gemeinsames“ neu wachsen zu lassen. Ich habe großen Respekt vor Politikern, die die letzten Gründe ihres Handelns offen legen, indem sie die religiöse und kulturelle Kraft des Christentums für die Gesellschaft fruchtbar machen. In diesem Sinne danke ich für Ihr großes Engagement und erbitte für Ihre wichtige Arbeit Gottes reichen Segen!*